



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

46/2013 15.11.2013

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Fachtagung:

[Neue Herausforderungen durch die Industrieemissionsrichtlinie](#)

Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre in Kooperation mit dem Amt der OÖ Landesregierung. Donnerstag, 28. November 2013, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr Repräsentationsräume G, E und F, JKU Linz (Uni-Center, 1. Stock). Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm.

Die Teilnahme ist kostenlos. Maximale Teilnehmerzahl: 100 Personen. Anmeldung: Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre (E-Post: vwrecht@jku.at).

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl II 340/2013](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung über die Festlegung von Personengruppen bei der Zulassung zu ordentlichen Studien (**Personengruppenverordnung 2014** – PersGV 2014)

[BGBl II 341/2013](#)

Kundmachung des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend über den Ausspruch des Verfassungsgerichtshofs, dass die Bestimmung des § 3 Abs. 2 sowie die Anlage B der Verordnung des Landeshauptmannes von Kärnten vom 18. Mai 2010, hinsichtlich der Festlegung von Öffnungszeiten und Ausnahmen von der Sonn- und Feiertagsruhe (**Kärntner Öffnungszeiten-Verordnung 2010**), LGBl. Nr. 29/2010 idF LGBl. Nr. 67/2011, gesetzwidrig waren.

[BGBl II 344/2013](#)

Verordnung der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH, mit der die **Kommunikationsparameter-, Entgelt- und Mehrwertdiensteverordnung 2009** (KEM-V 2009) geändert wird

[BGBl II 345/2013](#)

Verordnung der Bundesministerin für Finanzen über die Statistik der Gebarung im öffentlichen Sektor 2014 (**Gebarungstatistik-VO 2014**)

[BGBl II 345/2013](#)

Kundmachung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung über die **Aufhebung von Satzungsbestimmungen von Universitäten** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl III 298/2013](#)

Kündigung des Abkommens zwischen der **Republik Österreich** und der **Republik Bolivien** über die **Förderung und den Schutz von Investitionen** vom 4. April 1997

[BGBl III 301/2013 \(Anlage\)](#)

Abkommen zwischen der **Republik Österreich** und dem **Fürstentum Liechtenstein** über die **Zusammenarbeit im Bereich der Steuern** samt Schlussakte einschließlich der dieser beigefügten Erklärungen

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 300 v 05.11.2013, 5](#)

Unterrichtung über das Inkrafttreten des Beitrittsvertrags zwischen dem Königreich Belgien, der Republik Bulgarien, der Tschechischen Republik, dem Königreich Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Estland, Irland, der Hellenischen Republik, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, dem Großherzogtum Luxemburg, der Republik Ungarn, der Republik Malta, dem Königreich der Niederlande, der Republik Österreich, der Republik Polen, der Portugiesischen Republik, Rumänien, der Republik Slowenien, der Slowakischen Republik, der Republik Finnland, dem Königreich Schweden, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (**Mitgliedstaaten der Europäischen Union**) und der Republik Kroatien **über den Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union**

III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

A. Verfassungsgerichtshof

13.09.2013, [V 10/2013](#)

EIWOG 2010; Systemnutzungsentgelte-VO; Unzulässigkeit des Individualantrags einer Netzbetreiberin auf Aufhebung von Bestimmungen der Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012 idF der Novelle 2013 betreffend die **Verpflichtung zur Leistung von Ausgleichszahlungen** mangels Legitimation; Zumutbarkeit der Geltendmachung der behaupteten Gesetzeswidrigkeit im Zuge des nächstfolgenden Verfahrens zur bescheidförmigen Feststellung der Kostenbasis

17.09.2013, [V 41/2013](#) (Anlassfall [B 1545/2010](#))

Oö RaumOG; Flächenwidmungsplan der Stadtgemeinde Bad Leonfelden; Gesetzeswidrigkeit der in einem Flächenwidmungsplan festgelegten neuen Widmungen bestimmter **Grundstücke als Grünzug bzw Grünland-Parkanlage** mangels Verständigung des betroffenen Grundeigentümers bzw mangels Interessenabwägung

17.09.2013, [U 520/2013](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Zurückweisung des Asylanspruchs und Ausweisung eines russischen Staatsbürgers nach Polen mangels Wahrnehmung des sich aus der Dublin II-VO ergebenden **Zuständigkeitsübergangs auf Österreich** infolge **nicht fristgerechter Überstellung** des Antragstellers nach Zustimmung der polnischen Behörden zur Übernahme

25.09.2013, [U 1217/2012](#)

AsylG 2005; **Auslieferungs- und RechtshilfeG**; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch **Aussetzung des Asylverfahrens** – hinsichtlich der Nichtzuerkennung des Status eines subsidiär Schutzberechtigten sowie der Ausweisung des Beschwerdeführers in die Türkei – bis zum rechtskräftigen Abschluss eines anhängigen Auslieferungsverfahrens mangels Bindung des Asylgerichtshofes an die Entscheidung des Strafgerichts; Abweisung der Beschwerde betreffend die Nichtzuerkennung des Status eines Asylberechtigten

01.10.2013, [B 1408/2011](#)

02.10.2013, [B 926/2012](#)

StPO; Anlassfälle zu VfGH 01.10.2013, [G 2/2013](#)

02.10.2013, [A 2/2012](#)

ABGB; Abweisung einer Klage auf Rückzahlung einer angeblich **trotz Vollstreckungsverjährung eingetriebenen Geldstrafe**; Verwendung von Zahlungen im Zweifel zunächst zur Tilgung der älteren Schuld

02.10.2013, [V 19/2011](#)

BauO für Wien; **UmweltverträglichkeitsprüfungsG**; Abweisung des – zulässigen – Individualantrags auf Aufhebung eines **Wiener Plandokuments betreffend ein Einkaufszentrum** in Meidling; Umweltprüfung nicht erforderlich; ausreichende Grundlagenforschung; keine Bindung an die vorgelegten Privatgutachten

02.10.2013, [G 118/2012](#)

EisenbahnG 1957; Aufhebung einer Bestimmung des Eisenbahngesetzes 1957 über die **Vermutung der Richtigkeit von Privatgutachten** wegen Verstoßes gegen das Rechtsstaatsprinzip und mangels Erforderlichkeit der vom Grundsatz der freien Beweiswürdigung abweichenden Regelung

02.10.2013, [B 550/2012 ua](#)

Tir Flurverfassungs-LandesG; Verletzung im Recht auf Unversehrtheit des Eigentums einer Gemeinde durch Zuordnung des Überschuss aus der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung des Gemeindegutes (Überling) an die Agrargemeinschaft; das ausschließliche **Verfügungsrecht über den Überling** kommt der substanzberechtigten Gemeinde zu

02.10.2013, [B 1566/2012](#)

Tir Landes-PolizeiG; Feststellung einer Verletzung im Recht auf **Entscheidung innerhalb angemessener Frist** durch Versagung der Bordellbewilligung für ein Gebäude in Kitzbühel; keine Rechtfertigung der Dauer des Verfahrens von über 12 Jahren; im Übrigen Ablehnung der Beschwerdebehandlung

03.10.2013, [A 11/2012](#)

SchulorganisationsG; **FinanzausgleichsG 2008**; Abweisung der Klage des Bundeslandes Salzburg gegen den Bund auf **Ersatz von Besoldungskosten für Landeslehrer**; kein Anspruch nach Art 137 B-VG auf Grundlage eines einvernehmlichen Ergebnisses von Finanzausgleichsverhandlungen, wenn anzunehmen ist, die diesem Ergebnis entsprechende Regelung halte sich im Rahmen des dem Finanzausgleichsgesetzgeber von Verfassungs wegen eingeräumten (weiten) Gestaltungsspielraumes; keine Unsachlichkeit hinsichtlich der Genehmigung der Dienstpostenpläne

B. Verwaltungsgerichtshof

27.09.2013, [2013/05/0145](#)

ZustellG; entscheidend für den **Beginn der Abholfrist** und damit für den Tag der Zustellung ist der Tag, an dem die Sendung erstmals zur Abholung bereitgehalten wird; „rechtzeitig“ iSd § 17 Abs 3 vierter Satz ZustellG ist dahin zu verstehen, dass dem Empfänger noch jener Zeitraum für ein Rechtsmittel zur Verfügung stand, der ihm auch im Falle einer vom Gesetz tolerierten Ersatzzustellung üblicherweise zur Verfügung gestanden wäre

03.10.2013, [2010/06/0197](#)

Tir BauO; die Baubehörde ist verpflichtet, den Bauwerber auf den **Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen hinzuweisen** und ihm naheulegen, das Ansuchen entsprechend zu ändern; selbst die Berufungsbehörde ist verpflichtet, dem Bauwerber diese Möglichkeit einzuräumen; mit dem allgemeinen Hinweis, es sei zu überprüfen, ob das gegenständliche Bauvorhaben dem Bebauungsplan entspreche, zeigt die Bf nicht konkret auf, worin eine Verletzung in ihren subjektiv-öffentlichen Nachbarrechten begründet sei; Immissionen, die sich im Rahmen des in einer Widmungskategorie üblichen Ausmaßes halten, müssen von den Nachbarn hingenommen werden

16.10.2013, [2012/04/0100](#)

GewO; Entziehung der Berechtigung zur Ausübung des Gewerbes Immobilientreuhänder/Bauträger; der Hintanhaltung der **illegalen Beschäftigung** wird vom Gesetzgeber großes Gewicht beigemessen; bei den in Rede stehenden Übertretungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes spricht die „Art der verletzten Schutzinteressen“ für ein Vorliegen **schwerwiegender Verstöße** iSd § 87 Abs 1 Z 3 GewO; die „Schwere“ der Verletzung der Schutzinteressen ist anhand der rechtskräftigen Strafurteile zu beurteilen

16.10.2013, [2012/04/0158](#)

Maß- und EichG; nicht nur dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen, sondern auch den Eichämtern kommt das **Recht zu, Berufung gegen Straferkenntnisse und gegen die Einstellung von Verwaltungsstrafverfahren** nach dem Maß- und EichG zu erheben; das Berufungsrecht der Eichämter ist in § 63 Abs 2 Maß- und EichG gesetzlich normiert und bedarf daher keiner Ordnungsbestimmung

16.10.2013, [2012/04/0159](#)

Maß- und EichG; **Zweck des Berufungsrechts der Eichbehörden** besteht einerseits darin, die Interessen des Bundes gegenüber der Nichtverfolgung von Verstößen des Maß- und EichG zu wahren und andererseits „für einen verbesserten Schutz der Konsumenten gegen falsch anzeigende Messgeräte zu sorgen“; das Absehen von der Strafe bzw das bloße Erteilen einer Ermahnung ist vom Berufungsrecht der Eichbehörden nicht ausgenommen; Eichbehörden können ab tatsächlicher Kenntniserlangung vom Bescheidinhalt diesen mit Berufung bekämpfen

16.10.2013, [2013/04/0114](#)

Maß- und EichG; es ist Aufgabe der Behörde, die Voraussetzungen für die **Ermächtigung einer Eichstelle** von amtswegen zu prüfen, allfällige Mängel abzustellen und die Ermächtigung bei Wegfall der Erfordernisse für die Ermächtigung bzw bei Fortbestehen der Mängel trotz Vorgehens nach § 10 Abs 6 EichstellenVO zu entziehen oder einzuschränken; einer von der überprüften Eichstelle verschiedenen Eichstelle kommt keine Parteistellung zu

17.10.2013, [2013/11/0188](#)

ZustellG; ist der **Beginn der Abholfrist** auf der Verständigung über die Hinterlegung angegeben, ist für den Beginn der Abholfrist allein diese Festlegung maßgeblich, weil mit dem Rückschein bloß der Beweis darüber erbracht wird, dass die Zustellung dem Gesetz entsprach; Erfüllung der Manuduktionspflicht seitens der belangten Behörde

17.10.2013, [2013/11/0189](#)

GewO; Verhängung eines Straferkenntnisses wegen **Sonntagsöffnung**; die in § 111 Abs 4 Z 4 GewO genannten Verkaufsrechte hängen nicht von der Wahrung des Betriebscharakters als Gastgewerbebetrieb ab, sondern stehen schon dann zu, wenn ein Gastgewerbe tatsächlich betrieben wird

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[14.11.2013, Rs C-638/11 P, Conseil / Gul Ahmed Textile Mills](#)

Rechtsmittel – **Dumping** – **Einführen von Bettwäsche aus Baumwolle mit Ursprung in Pakistan** – Verordnung (EG) Nr 384/96 – Art 3 Abs 7 – **Begriff ‚andere Faktoren‘**

[14.11.2013, verb Rs C-514/11 P und C-605/11 P, LPN / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Zugang zu Dokumenten der Organe** – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Art 4 Abs 2 dritter Gedankenstrich – **Ausnahme**, die sich auf den **Schutz des Zwecks von Inspektions-, Untersuchungs- und Audittätigkeiten** bezieht – **Umweltinformationen** – Verordnung (EG) Nr 1367/2006 – Art 6 Abs 1 – Dokumente eines Vertragsverletzungsverfahrens im Stadium des Vorverfahrens – **Verweigerung des Zugangs** – Pflicht zur Vornahme einer konkreten und individuellen Prüfung des Inhalts der im Zugangs Antrag angeführten Dokumente – **Überwiegendes öffentliches Interesse**

[14.11.2013, Rs C-478/12, Maletic und Maletic](#)

Gerichtliche Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Art 16 Abs 1 – **Reisevertrag** zwischen einem Verbraucher mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat und einem **Reisebüro mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat** – Im Wohnsitzmitgliedstaat des Verbrauchers ansässiger Dienstleister, dessen sich das Reisebüro bedient – Recht des Verbrauchers, **beim Gericht seines Wohnorts Klage gegen beide Unternehmen** zu erheben

[14.11.2013, Rs C-388/12, Comune di Ancona](#)

Strukturfonds – **Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)** – Finanzielle Beteiligung eines Strukturfonds – **Kriterien für die Förderfähigkeit der Ausgaben** – Verordnung (EG) Nr 1260/1999 – Art 30 Abs 4 – Grundsatz der Nachhaltigkeit der Operation – **Begriff ‚erhebliche Veränderung‘ einer Operation** – Vergabe eines Konzessionsvertrags ohne vorherige Bekanntmachung und ohne vorherigen Aufruf zum Wettbewerb

[14.11.2013, Rs C-383/12 P, Environmental Manufacturing / HABM](#)

Rechtsmittel – **Gemeinschaftsmarke** – Widerspruchsverfahren – Bildmarke mit der Darstellung eines Wolfskopfs – Widerspruch der Inhaberin von internationalen und nationalen **Bildmarken mit den Wortbestandteilen** ‚WOLF Jardin‘ und ‚Outils WOLF‘ – **Relative Eintragungshindernisse** – Beeinträchtigung der **Unterscheidungskraft** der älteren Marke – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 8 Abs 5 – Änderung des wirtschaftlichen Verhaltens des Durchschnittsverbrauchers – **Beweislast**

[14.11.2013, Rs C-221/12, Belgacom](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Art 49 AEUV – **Niederlassungsfreiheit** – Art 56 AEUV – **Freier Dienstleistungsverkehr** – **Gleichbehandlungsgrundsatz und Diskriminierungsverbot** – Transparenzpflicht – Geltungsbereich – Vereinbarung zwischen Körperschaften des öffentlichen Rechts eines Mitgliedstaats und einem Unternehmen dieses Mitgliedstaats – Von diesen Körperschaften vorgenommene **Übertragung ihrer Fernsehdienste** und, für eine bestimmte Dauer, des ausschließlichen **Rechts auf Nutzung ihrer Kabelnetze** auf ein Unternehmen dieses Mitgliedstaats – Möglichkeit eines Wirtschaftsteilnehmers dieses Mitgliedstaats, sich vor den Gerichten dieses Mitgliedstaats auf die Art 49 AEUV und 56 AEUV zu berufen – **Keine Ausschreibung** – Rechtfertigung – Bestehen einer älteren Vereinbarung – Vergleich zur Beendigung eines Rechtsstreits über die Auslegung dieser Vereinbarung – **Gefahr der Wertminderung** der übertragenen Tätigkeit

[14.11.2013, verb Rs C-187/12 bis C-189/12, SFIR](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Verordnung (EG) Nr 320/2006 – Verordnung (EG) Nr 968/2006 – Landwirtschaft – Befristete **Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie** – Voraussetzungen für die Gewährung der Umstrukturierungsbeihilfe – **Begriffe ‚Produktionsanlagen‘ und ‚völliger Abbau‘**

[14.11.2013, Rs C-60/12, Baláz](#)

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2005/214/JI – Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen – ‚Auch in Strafsachen zuständiges Gericht‘ – ‚Unabhängiger Verwaltungssenat‘ nach österreichischem Recht – Art und Umfang der vom Gericht des Vollstreckungsmitgliedstaats ausgeübten Kontrolle

[14.11.2013, Rs C-4/11, Puid](#)

Asyl – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 4 – Verordnung (EG) Nr 343/2003 – Art 3 Abs 1 und 2 – Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist – Art 6 bis 12 – **Kriterien zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats** – Art 13 – **Aufgangsklausel**

B. Schlussanträge

[14.11.2013, Rs C-609/12, Ehrmann \(GA Wathelet\)](#)

Verbraucherschutz – Gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel – **Spezielle Bedingungen** – Zeitlicher Anwendungsbereich

[14.11.2013, Rs C-484/12, Georgetown University \(GA Jääskinen\)](#)

Humanarzneimittel – Verordnung (EG) Nr 469/2009 – Art 3 und 14 – Ergänzendes Schutzzertifikat (ESZ) – **Verzicht auf ein Zertifikat**: Anwendbares Recht und zeitliche Wirkungen – **Wahl zwischen mehreren laufenden Anträgen auf Erteilung**

[14.11.2013, Rs C-390/12, Pfleger ua \(GA Sharpston\)](#)

Art 56 AEUV – **Freier Dienstleistungsverkehr** – **Glücksspiele** – Regelung, wonach die Bereitstellung von Glücksspielautomaten ohne Konzession verboten ist – **Begrenzte Zahl von Konzessionen** – **Strafrechtliche Sanktionen** – Verhältnismäßigkeit – Charta der Grundrechte

[14.11.2013, Rs C-351/12, OSA \(GA Sharpston\)](#)

Urheberrecht und verwandte Schutzrechte in der Informationsgesellschaft – Richtlinie 2001/29/EG – **Definition der ‚öffentlichen Wiedergabe‘** – Wiedergabe durch Radio- oder Fernsehempfänger in Zimmern einer Kureinrichtung – **Unmittelbare Wirkung** – Freier Dienstleistungsverkehr – **Ausschließliche Rechte einer Verwertungsgesellschaft** in einem Mitgliedstaat

[14.11.2013, Rs C-198/12, Kommission / Bulgarien \(GA Jääskinen\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Energiebinnenmarkt** – Gastransport – Fernleitungsnetzbetreiber – **Verpflichtung zur Gewährleistung der größtmöglichen Kapazität** – **Virtueller Gastransport in umgekehrter Richtung (Backhaul)** – Art 14 Abs 1 und Art 16 Abs 1 und 2 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 715/2009 – Zulässigkeit

C. Gericht

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

12.11.2013, Beschwerde Nr. [5786/08](#), *Söderman / Schweden*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privatlebens); Verurteilung eines **Stiefvaters**, der seine bf **Stieftochter heimlich nackt filmte**, aufgrund **sexueller Belästigung**; schwedisches Rechtssystem bietet allerdings weder in strafrechtlicher noch in zivilrechtlicher Hinsicht eine Möglichkeit gegen die **Verletzung der persönlichen Integrität**, hervorgerufen durch **filmische Aufnahmen der eigenen Person ohne Zustimmung**, vorzugehen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerbe-recht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.